

Rheinische Linksliberale in der Weimarer Republik: Bernhard Falk und Anton Erkelenz

Der Geschichte der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), nach 1930 Deutsche Staatspartei (DStP), in der Weimarer Republik kommt eine besondere Bedeutung zu, da die parlamentarische Demokratie auf dem historischen Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Linksliberalismus, zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum gründete. Als fast permanente Regierungspartei im Reich und in Preußen verfügten die Demokraten über einen ihren schrumpfenden Mandatsanteil weit übersteigenden politischen Einfluss und vermochte wichtige Politikfelder wie die Innen-, Finanz- und Wirtschaftspolitik mitzugestalten. Doch der Niedergang der Partei war unaufhaltsam. Die Erosion der liberalen Mitte unterminierte die Basis des Weimarer Staates und trug schließlich wesentlich zur Auflösung des parlamentarisch-demokratischen Gefüges der Republik bei.¹

Anhand zweier führender rheinischer Politiker der DDP, des langjährigen Fraktionsvorsitzenden der DDP und DStP im preußischen Landtag, Bernhard Falk, und des liberalen Gewerkschaftlers, Anton Erkelenz, sollen die Gestaltungsmöglichkeiten und Grenzen linksliberaler Politik nach dem Ersten Weltkrieg ausgelotet werden. Beide Politiker repräsentierten unterschiedliche Lager. Falk entstammte dem jüdischen Bürgertum des Rheinlands und

1 Angesichts der Vielzahl der Monographien über die Geschichte der DDP bzw. DStP sei hier nur auf folgende Arbeiten verwiesen: Lothar Albertin: Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1972; Peter M. Bowers: The Failure of the German Democratic Party, 1918–1930. Ann Arbor 1974; Bruce B. Frye: Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democratic Party and the German State Party. Carbondale and Edwardsville 1985; Larry Eugene Jones: German Liberalism and the Dissolution of the Weimar Party System, 1918–1933. Chapel Hill u. London 1988; Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt am Main 1988; Erich Matthias/Rudolf Morsey: Die Deutsche Staatspartei. In: dies. (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960, S. 31–97; Werner Schneider: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930. München 1978; Hartmut Schustereit: Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919–1930. Düsseldorf 1975; Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973; ders.: Acht Jahrzehnte erlebtes Deutschland. Ein Liberaler in vier Epochen. Düsseldorf 1983; Joachim Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918–1933. Düsseldorf 1994.

hatte seine politische Karriere in der Nationalliberalen Partei begonnen. Die Zugehörigkeit zum rheinischen Bürgertum und vor allem seine Konfession prägten sein Selbstverständnis und seinen Habitus und bildeten entscheidende Orientierungspunkte und Wegmarken in seinem Leben. Zugleich führte die politische Sozialisation in der Nationalliberalen Partei zu einer unverwechselbaren Hochschätzung des Nationalen, die für ihn als Kölner durch die Grenzlandlage des Rheinlands zu Frankreich zusätzlich potenziert wurde. Während Falk dem rechten Flügel der Partei zugeordnet werden kann, vertrat Anton Erkelenz den linken Gewerkschaftsflügel. Als gelernter Dreher und Schlosser verstand sich der gebürtige Neusser als Arbeiter, dessen Weg zum organisierten Liberalismus über die Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftsbewegung lief. Wenn auch Falk von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie überzeugt war, so war doch bei Erkelenz die Affinität zur SPD markanter und offensichtlicher. Nicht nur durch seinen kleinbürgerlichen Hintergrund und seinem Selbstverständnis als Arbeiter, sondern auch in seinem Ideal einer sozialen Demokratie fühlte Erkelenz sich der einst im Kaiserreich verfolgten und verfeindeten Partei verbunden. Auch er erstrebte die politische und soziale Gleichberechtigung der Arbeiter und die Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage. Sein Wechsel zur SPD im Jahr 1930 war angesichts der voranschreitenden Marginalisierung des organisierten Liberalismus und des Rechtstrends in der DDP letztlich von einer gewissen Folgerichtigkeit.

Im Folgenden soll der Lebensweg der beiden linksliberalen Politiker nach 1918 nachgezeichnet werden und ihre Erwartungen und Hoffnungen bei Gründung der ersten parlamentarischen Demokratie auf deutschem Boden sowie ihre Bemühungen um eine liberale Ausgestaltung der deutschen und preußischen Politik herausgearbeitet werden. In den Fokus wird dabei auch ihre Haltung zur so genannten Rheinlandbewegung, die 1923 ihrem Höhepunkt zustrebte, rücken.

Bernhard Falk

Wenn Bernhard Falk auch nie Reichs- oder preußischer Minister war, so hatte er doch als langjähriger Fraktionsvorsitzender der DDP und DStP im Preußischen Landtag einen nicht unwesentlichen Anteil an der Gestaltung der Politik im größten deutschen Land. Bereits in der Kölner Kommunalpolitik, in der Nationalversammlung und in der Rheinlandbewegung der Jahre 1918/19 und 1923 hatte er sich einen Namen zu machen gewusst. Aber nicht nur sein politisches Wirken im Reich und in Preußen, sondern auch seine

Stellung als jüdischer Deutscher, der 1939 in die Emigration gezwungen wurde, erklären das Interesse an seiner Person.²

Bernhard Falk wurde 1867 als Sohn jüdischer Eltern im rheinischen Bergheim/Erfst geboren. Zu den identitätsstiftenden Referenz- und Orientierungspunkten seiner Kindheit und Jugend zählte nicht nur die tiefe Religiosität seiner Eltern – sein Elternhaus sei ein „streng religiöses jüdisches Haus“³ gewesen, so befand er rückblickend –, sondern auch die in seinem Elternhaus herrschende liberale Gesinnung, die für das jüdische Bürgertum des Kaiserreichs insgesamt charakteristisch war.⁴ Bernhards Vater Salomon, der als Metzger zu den wohlhabenden jüdischen Familien in Bergheim gehörte, stand der nationalliberalen Partei nahe.⁵ Die Affinität zum Liberalismus war von einer gewissen Folgerichtigkeit, da die Emanzipation der Juden ein zentrales Anliegen der liberalen Bewegung gewesen war und das Bürgertum, dem sich auch das Gros der deutschen Juden zurechnete, zur wichtigsten Trägerschicht dieser Bewegung zählte. Nach Schätzungen Jacob Tourys wählten zwischen 1867 und 1878 fast neunzig Prozent der deutschen Juden liberal, in der überwiegenden Mehrheit nationalliberal.⁶ Prägend wirkte auch die in seinem Elternhaus gepflegte Vaterlandsliebe. Nichts beschreibt vielleicht besser die Anhänglichkeit und Treue, die die Eltern Bernhard Falks dem 1871 gegründeten Kaiserreich und ihrem Vaterland bewahrten, als die letzten Worte, die Bernhard von seiner sterbenden Mutter am Tag vor ihrem Tode vernahm: „Was macht unser guter Kaiser?“⁷

Nach seinem Jurastudium wurde Falk 1893 Rechtsanwalt am Amts- und Landgericht Elberfeld und 1898 am Oberlandesgericht Köln. Bereits 1894 hatte er Else Wahl, die Tochter eines Barmer Bankiers, geheiratet, die ihm vier Kinder schenken sollte.⁸ Um die Jahrhundertwende begann er, sich in der Nationalliberalen Partei im Kreis der Jungliberalen zu engagieren. Falk

2 Zu Bernhard Falk vgl. Bernhard Falk (1867–1944). Erinnerungen eines liberalen Politikers. Bearbeitet von Volker Stalmann, Düsseldorf 2012; ders., Bernhard Falk (1867–1944) – Liberaler, Jude und deutscher Patriot. In: Jahrbuch für Liberalismus-Forschung, 24 (2012), S. 161–192; Klaus Luig: ... weil er nicht arischer Abstammung ist. Jüdische Juristen in Köln während der NS-Zeit. Köln 2004, S. 174–176; Martin Schumacher (Hrsg.): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung, 1933–1945. Eine biographische Dokumentation. Düsseldorf 1991, S. 311.

3 Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 202.

4 Vgl. Jacob Toury: Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Tübingen 1966, S. 123–153 u. 170–192.

5 Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 12 f.

6 Vgl. Toury: Orientierungen (wie Anm. 4), S. 138.

7 Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 202.

8 Vgl. Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 11–17.

zählte zu den Gründern des „Vereins der nationalliberalen Jugend in Köln“⁹ und wurde gleich zu Beginn in den Vorstand des Vereins gewählt. Die jungliberale Bewegung, die sich im Oktober 1900 zu einem der Partei angegliederten selbständigen Reichsverband unter Vorsitz des 26-jährigen Kölner Rechtsanwalts Hermann Fischer zusammenschloss¹⁰, wollte die Partei reformieren. Mit der Forderung nach Stärkung des liberalen, freiheitlichen Gedankenguts verband sich der Wunsch nach einer Kooperation mit den Linksliberalen in innenpolitischen Fragen. An Brisanz gewann die Bewegung durch ihre sozialpolitischen Anliegen, mit denen sie scharf gegen den großindustriellen Flügel der Partei Position bezog. Die Forderung nach Anerkennung der Gewerkschaften und der Wunsch nach einer Fortführung der Sozialreform schloss selbst ein punktuelles Arrangement mit der Sozialdemokratie nicht aus.

Auf dem nationalliberalen Parteitag von Goslar im Oktober 1906 trat Falk erstmals öffentlich hervor. Er positionierte sich als Parteilinker und selbstbewusster Jungpolitiker, der ungeachtet seines betont nationalen Standpunkts für einen dezidierten Reformkurs in der Innenpolitik stand, der neben einer antiklerikalen Bildungs- und Kulturpolitik die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen umfasste.¹¹

Mit seiner Wahl in die Kölner Stadtverordnetenversammlung eröffnete sich Falk 1908 ein neues Wirkungsfeld, dem er bis 1930, seit 1916 als Vorsitzender der liberalen Fraktion, verbunden bleiben sollte.¹² Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war Falk, dem 1912 auch der Titel Justizrat verliehen wurde, ein angesehener und erfolgreicher Rechtsanwalt und Politiker.¹³ Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges diente er als Hauptmann der Landwehr in Zweibrücken beim Ersatzbataillon des Reserveinfanterieregiments 8, bis er für ein Jahr in Belgien dem Kreischef von Bastogne als Adjutant zugeordnet wurde. Der Fliegertod seines Sohnes Alfred im Januar 1917 traf ihn derart, dass er seinen Dienst nicht mehr weiter auszuüben vermochte. Im März jenes Jahres wurde er freigestellt und konnte nach Köln zurückkehren. Während des Krieges hatte Falk wiederholt an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung teilgenommen und war 1916 auch zum Vorsitzenden der li-

9 Der Jungliberale Verein Kölns wurde am 23. Januar 1899 ins Leben gerufen und zählte 1901 bereits 1004 Mitglieder, von denen 291 unter 25 Jahren waren. Vgl. „Die Gründung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend“. In: Nationalliberale Jugend, 1. Jg., Nr. 1, Januar 1901, S. 6–9, hier S. 7.

10 Vgl. „Die Gründung des Reichsverbandes der Vereine der nationalliberalen Jugend“. In: Nationalliberale Jugend, 1. Jg., Nr. 1, Januar 1901, S. 6–9.

11 Neunter allgemeiner Vertretertag der nationalliberalen Partei am 6. und 7. Oktober 1906 in Goslar a./H. Protokoll auf Grund stenographischer Aufzeichnungen. Berlin 1906, S. 83–90.

12 Vgl. Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 31–41.

13 Vgl. ebd., S. 41.

beralen Fraktion gewählt worden.¹⁴ Im darauf folgenden Jahr übernahm er nach dem Tode Franz Moldenhauers auch die Leitung des Nationalliberalen Vereins in Köln und rückte zudem zum stellvertretenden Vorsitzenden des rheinischen Landesverbandes der Partei auf.¹⁵ In Köln wurde er zum Gegenspieler des 1917 zum Oberbürgermeister gewählten Zentrumspolitikers Konrad Adenauer.¹⁶

Nach dem Krieg wurde auch in Köln nach nicht ganz leichten Verhandlungen die DDP gegründet. Die im November 1918 als liberale Sammelpartei ins Leben gerufene DDP trat weitgehend die Nachfolge der Fortschrittlichen Volkspartei und der Demokratischen Vereinigung an, vermochte darüber hinaus aber auch einige führende nationalliberale Politiker zu gewinnen.¹⁷ Persönliche, aber auch politische Gegensätze wie die unterschiedliche Haltung zur Republik, zur Arbeiterbewegung und die sie vertretende Sozialdemokratie standen letztlich einer Einigung des liberalen Lagers ebenso im Wege wie die offenkundige Heterogenität der bürgerlichen Mitte.¹⁸

In Köln wurde die Gründung der DDP durch die „alte Kampfgemeinschaft“¹⁹, d.h. die jahrzehntelange Zusammenarbeit zwischen Nationalliberalen und Linksliberalen, erleichtert. „Der Zustrom zu dieser Partei war gewaltig“, so erinnerte sich Falk, der die Partei in Köln mitbegründen half. „Sie erschien als Rettung auch vielen, die bis dahin im politischen Leben ferngeblieben waren oder rechtsstehenden Gruppen angehört hatten.“²⁰

1919 wurde Falk für die DDP in die Nationalversammlung gewählt.²¹ Die Partei hatte sich im Wahlkampf erfolgreich als Bollwerk gegen eine sozialis-

14 Vgl. ebd., S. 42–50. Ferner das Telegramm des stellvertretenden Generalkommandos an den Kölner Oberbürgermeister vom 9.6.1916. In: Stadtarchiv Köln, Bestand 401, Nr. 744 (Personalakte Falk), Bl. 6; sowie das Schreiben von Oberbürgermeister Wallraf an das stellvertretende Generalkommando. In: ebd., Bl. 4: „Als Führer der liberalen Fraktion des Stadtv. Kollegiums ist er – zumal in den jetzigen außerordentlich schwierigen Verhältnissen in denen sich die Gemeindeverwaltungen hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung befinden, – nicht zu entbehren.“.

15 Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 250.

16 Vgl. ebd., S. 229–232.

17 Vgl. Gerhard A. Ritter: Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems 1918–1920. In: Eberhard Kolb (Hrsg.): Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, S. 244–275, hier S. 256, 262 f.

18 Vgl. Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen (wie Anm. 1), S. 17–28; Alberth: Liberalismus und Demokratie (wie Anm. 1), S. 45–88; Stephan: Aufstieg und Verfall (wie Anm. 1), S. 13–34. Vgl. auch Otto Nuschke: Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist. In: Anton Erkelenz (Hrsg.): Zehn Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik. Berlin 1928, S. 24–41, hier S. 24–33. Zur DDP im Rheinland vgl. Wilhelm Ribbegge: Preußen im Westen. Kampf um den Parlamentarismus in Rheinland und Westfalen 1789–1947. Münster 2008, S. 339–342.

19 Falk. Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 267.

20 Vgl. ebd., S. 265.

21 Vgl. Kölnische Zeitung, 1188, 31.12.1918: „Städtische Nachrichten. Die Deutsche Demokratische Partei“; ferner Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 75 f.

tische Alleinherrschaft und als Sammelbecken für das von links aufgeschreckte Bürgertum darzustellen vermocht und war mit 18,5 Prozent der Stimmen und 75 Mandaten zur drittstärksten Partei hinter dem Zentrum und der Sozialdemokratie avanciert.²²

Der Kölner Abgeordnete wurde bald einer breiten Öffentlichkeit bekannt, als er dezidiert gegen die Rheinlandbewegung Stellung bezog. Für das Entstehen der auf die politische Selbständigkeit der Rheinländer abzielenden Bewegung, die in den Jahren 1918/19 und 1923 ein irrlicherndes Moment in der deutschen Innenpolitik darstellte, waren mehrere Faktoren ausschlaggebend: die Unsicherheit über die zukünftige Ordnung des Reichs, die traditionelle Abneigung der Rheinländer gegen Berlin und vor allem die Ungewissheit über die Ziele und Friedensbedingungen der Ententemächte, nicht zuletzt die Angst, von Frankreich annexiert zu werden.

Die namentlich von Politikern des Zentrums erhobene Forderung nach einem selbständigen Rheinstaat im Verband des Reiches stellte mithin den Versuch dar, durch eine Berücksichtigung der sicherheitspolitischen Interessen Frankreichs Zugeständnisse bei den Friedensverhandlungen zu erreichen. So ehrenwert die Motive der Initiatoren der Bewegung, zu denen auch der Kölner Oberbürgermeister Adenauer zählte, waren, so problematisch war doch, dass in ihrem Windschatten eine kleine Gruppe um den früheren Staatsanwalt Hans Adam Dorten agierte, die auf einen vom Reich unabhängigen, eng an Frankreich angelehnten Rheinstaat reflektierte.²³

Wenige Tage vor dem Beginn der britischen Besetzung des Rheinlandes wurde am 4. Dezember 1918 in einer Kölner Zentrumsversammlung die Forderung nach „Proklamierung einer dem Deutschen Reich angehörigen, selbständigen Rheinisch-Westfälischen Republik“ erhoben. Gegen diese Separationsbestrebungen bezogen DDP und SPD, die im Gürzenich und im Börsensaal „gewaltige Gegenkundgebung[en]“ veranstalteten, rasch Position. „Die Straßen“, so Falk, „standen schwarz voll von Menschen, die sich in stürmischen Kundgebungen Luft machten. Ich habe in den beiden Versammlungen unter gewaltigem Beifall gesprochen.“²⁴

Als sich Anfang 1919 der Eindruck verstärkte, dass die Besetzung des linksrheinischen Territoriums zu den französischen Kriegszielen gehörte, und die Beratungen in der Nationalversammlung über das neue Verfassungs-

22 Vgl. Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik. 6. Aufl. München 2002, S. 308; Gerhard A. Ritter/Merith Niehuss: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918. München 1980, S. 42.

23 Vgl. Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978, S. 1178-1205; Karl Dietrich Erdmann: Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1966; Erwin Bischof: Rheinischer Separatismus 1918-1924. Hans Adam Dortens Rheinstaatsbestrebungen. Bern 1969, S. 81-93.

24 Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 264.

statut und die föderale Struktur des Reiches anstanden, wurde der Ruf nach Errichtung eines westdeutschen Staates erneut laut. So kamen am 1. Februar auf Einladung Adenauers die zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung gewählten Abgeordneten im Kölner Rathaus zusammen. Offen sprach sich nun auch Adenauer für die Errichtung eines von Preußen unabhängigen, aber dem Reichsverband angehörenden westdeutschen Staates aus. Bei Falk trafen diese Pläne auf scharfe Ablehnung. „Ich betonte als unabweisliches Gebot, wir Rheinländer hätten Sorge zu tragen, daß keine Klammer gelöst werde, die uns mit unseren deutschen Brüdern verbinde. Jede Lockerung bedeute die Gefahr des Verderbens für uns und das Reich.“ Man einigte sich auf die Einsetzung eines Westdeutschen Ausschusses, mit dem man hoffte, die Rheinlandbewegung institutionell einbinden zu können. Bedeutung sollte dieser allerdings nicht mehr erlangen. Nur einmal, am 30. Mai, trat er zur Besprechung der politischen Lage zusammen.²⁵

Die Situation spitzte sich am 1. Juni 1919 zu, als Separatisten um den früheren Staatsanwalt Dorten mit Unterstützung des französischen Oberkommandierenden in Wiesbaden die Rheinische Republik proklamierten. Da die Beamenschaft und die Bevölkerung die Putschisten mit Nichtachtung straften, nahm das Unternehmen ein rasches und klägliches Ende.²⁶ Seine Verärgerung über diesen „Operettencoup“ ließ Falk wenige Tage später in einem im „Kölner Tageblatt“ veröffentlichten Artikel mit der Überschrift „Verfluchtes Bilsenkraut“ freien Lauf. „Wichtigmacher und Wirrköpfe sind am Werke, um die gefährliche Hohlheit ihrer eigenen armen Gedankengänge in das rheinische Volk zu ergießen.“ Es lohne sich nicht, über die Separatisten, „über diese Helden ein Wort zu verlieren. Kein Lied, kein Heldentuch wird ihre Namen nennen; es wäre eine Beleidigung für Herostrat, wollte man ihn mit diesen Burschen vergleichen.“ Deutschland brauche nun Ruhe, Selbstdisziplin und Vertrauen. „Das Gift des Bilsenkrautes darf keinen Einzug bei uns finden.“²⁷

Die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages und des Rheinlandstatuts am 28. Juni 1919 setzte schließlich den rheinischen Loslösungsbestrebungen ein Ende. Die bereits im Waffenstillstandsabkommen geschaffene Lage wurde festgeschrieben. Das Rheinland blieb bei Preußen und beim Reich. Für fünfzehn Jahre trat es unter ein alliiertes Besetzungsregime. Die

25 Vgl. ebd., S. 64–66, 272 f., Zitat S. 273; ferner Erdmann: Adenauer in der Rheinlandpolitik (wie Anm. 23), Nr. 1, S. 212–234.

26 Vgl. Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. 5 (wie Anm. 23), S. 1143 f.; Bischof: Rheinischer Separatismus (wie Anm. 23), S. 81–93.

27 Kölner Tageblatt 276, 8.6.1919: „Verfluchtes Bilsenkraut“. Von Justizrat Bernhard Falk.

Oberste Zivilgewalt in den besetzten Gebieten übernahm die „Interalliierte Rheinlandkommission“ mit Sitz in Koblenz.²⁸

Zu einer erneuten Eskalation kam es im Januar 1923, als belgische und französische Truppen wegen ausgebliebener Reparationsleistungen ins Ruhrgebiet einmarschierten. Umgehend stellte die Reichsregierung die Reparationslieferungen an die sogenannten Einbruchsmächte ein und rief den passiven Widerstand aus, wodurch Beamten und Eisenbahnern die Befolgung alliierter Anordnungen untersagt wurde. Die Strategie der deutschen Regierung ließ sich nicht lange durchhalten, da die finanzielle Unterstützung der Arbeiter und Beamten des Ruhrgebiets die bereits inflationär aufgeblähte Währung vollkommen ruinierte. Die Bilanz war bedrückend: neben einer zerrütteten Währung waren 132 Tote zu beklagen. 150.000 Beamte und Arbeiter waren während des Ruhrkampfs des Landes verwiesen worden.²⁹

Die britische Besatzungszone um Köln war damals eine „Insel der Seligen“,³⁰ die vom Ruhrkampf selbst nicht direkt betroffen war. Obwohl die Einstellung des passiven Widerstands angesichts des beispiellosen Währungsverfalls im Spätsommer 1923 abzusehen war, zeigten sich die Abgeordneten der besetzten Gebiete doch maßlos überrascht, als Reichskanzler Gustav Stresemann sie am 6. September von den bevorstehenden Maßnahmen in Kenntnis setzte.

Bei einer erneuten Zusammenkunft in Berlin am 24. September trat der Duisburger Oberbürgermeister Karl Jarres (DVP) für eine entschiedene Obstruktionspolitik ein. Durch eine starke Geste, die kurzfristig zu einer Zuspritzung der Lage führen mochte, glaubte er, den Konflikt an der Ruhr rascher beilegen und den deutschen Interessen wieder Geltung verschaffen zu können. Bis zur Wiederherstellung völkerrechts- und vertragsmäßiger Zustände an Rhein und Ruhr sollte sich das Reich von seinen Verpflichtungen gegenüber den Besatzungsmächten lossagen. Dem besetzten Gebiet, das in der Zwischenzeit der Willkür der Besatzungsmächte ausgeliefert gewesen wäre, musste eine derartige Politik große Opfer abverlangen.³¹

28 Vgl. Huber: Verfassungsgeschichte, Bd. 5 (wie Anm. 23), S. 1175; Erdmann: Adenauer in der Rheinlandpolitik (wie Anm. 23), S. 65 f.

29 Zur Ruhrbesetzung 1923 vgl. Conan Fischer: The Ruhr Crisis 1923–1924. Oxford 2003; Der Schatten des Weltkriegs: die Ruhrbesetzung 1923. Tagung am 5. und 6. Juni 2003 im Ruhrlandmuseum. Hrsg. von Gerd Krumeich und Joachim Schröder. Essen 2003; Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. 7: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984, S. 271–307; Paul Wentzcke: Ruhrkampf. Einbruch und Abwehr im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. 2 Bde. Berlin 1930; Peter Krüger: Die Außenpolitik der Republik von Weimar. 2. Aufl. Darmstadt 1993, S. 183–206. Zur Hyperinflation vgl. Carl-Ludwig Holtfrerich: Die deutsche Inflation 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive. Berlin 1980, *passim*.

30 Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 301.

31 Besprechung mit Vertretern der Wirtschaftsverbände und Beamtenorganisationen des besetzten Gebiets. 24. September 1923, 16.30 Uhr. In: Akten der Reichskanzlei. Die Kabinet-

Falk sah in dieser Strategie, die später als „Versackungspolitik“ tituliert wurde, die „größte Gefahr für unser Rheinland“. „Das war Katastrophopolitik. Sie mußte unübersehbares Unglück über Deutschland bringen.“ Er sei dieser Haltung deshalb bei jeder sich bietenden Gelegenheit „mit Entschiedenheit“ entgegengetreten.³²

Am 26. September 1923 erklärte die Reichsregierung den passiven Widerstand für beendet.³³ Unter dem Schutz, teilweise mit Hilfe der Besatzungsmächte kam es zu separatistischen Putschen. Vor diesem Hintergrund wurde für den 25. Oktober in Hagen ein neuerliches Treffen mit der Reichsregierung anberaumt. Am Tag zuvor kam es in Barmen zu einer Vorbesprechung von Politik und Wirtschaft aus Rheinland und Westfalen, bei der Jarres erneut einer Obstruktionspolitik das Wort redete und Adenauer sein Rheinstaatsprojekt als Möglichkeit einer Verständigung mit Frankreich wieder in die Diskussion brachte.³⁴ Bei ihrem Treffen mit Reichskanzler Stresemann in Hagen am folgenden Tag distanzierte sich Falk, der in Barmen noch Verhandlungen mit Frankreich über eine staatsrechtliche Änderung am Rhein unter Umständen für möglich gehalten hatte, von derartigen Plänen. Die Sitzung endete schließlich mit der Zusage Stresemanns, die Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet fortzuzahlen. Auch wurde die von Falk geforderte Einsetzung eines Ausschusses beschlossen, der mit den Franzosen

te Stresemann I und II, 2 Bde Boppard am Rhein 1978, Bd. 1, Nr. 77, S. 339-345, hier S. 343 f. Vgl. auch die Besprechung mit Vertretern der fünf Parteien und Vertretern des besetzten Gebiets. 24. September 1923, 12 Uhr. In: ebd., Nr. 76, S. 334-338.

- 32 Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 307: „Als Verdienst für die Partei“, die DDP, „nehme ich allerdings in Anspruch, daß sie die Versackungspolitik stets vom ersten Augenblick bis zur letzten Stunde mit vaterländischer Leidenschaft bekämpft hat.“
- 33 Vgl. den Aufruf der Reichsregierung Stresemann zum Abbruch des passiven Widerstandes vom 26. September 1923 sowie die Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. September 1923. In: Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 4: Deutsche Verfassungsdokumente 1919-1933. 3. neubearbeitete Aufl. Stuttgart/Berlin/Köln 1991, Nr. 263, S. 315 f., Nr. 268, S. 322 f.
- 34 Über die Barmer Besprechung wurde kein Protokoll geführt. Vgl. die Zusammenfassung der Barmer Diskussionen durch Jarres auf der „Besprechung mit Vertretern der besetzten Gebiete im Kreishaus in Hagen vom 25. Oktober 1923, 11.30 Uhr“. In: Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Stresemann (wie Anm. 31), Nr. 179, S. 761-836, hier S. 761-769; ferner die Denkschrift von Karl Jarres vom 20.11.1926, „Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung“, mit Anlagen. In: BA Koblenz, NL Karl Jarres, N 1099, Nr. 49, Bl. 49-95, hier Bl. 54 f. Zur Barmer Besprechung vgl. auch Klaus Reimer: Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung (1918-1933). Ein Beitrag zur Geschichte der regionalistischen Bestrebungen in Deutschland. Frankfurt am Main/Bern/Las Vegas 1979, S. 314-317; Erdmann, Adenauer (wie Anm. 23), S. 87-94; Henning Köhler: Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918-1924. Opladen 1986, S. 186-189; Hans-Peter Schwarz: Konrad Adenauer, Bd. 1: Der Aufstieg 1876-1952. Stuttgart 1986, S. 268.

in Verhandlungen über eine Verbesserung der wirtschaftlichen Zustände im besetzten Gebiet treten sollte.³⁵

Ende 1923 setzte schließlich ein allgemeiner Umschwung ein. So kam es 1924 mit der Annahme des Dawes-Plans zu einer Neuregelung des Reparationsproblems, während durch den Vertrag von Locarno vom Oktober 1925 und der Anerkennung der Westgrenze durch das Reich dem Sicherheitsbedürfnis Frankreichs Rechnung getragen wurde.³⁶

Im Dezember 1924 ließ sich Falk in den Preußischen Landtag wählen.³⁷ Seine Wahl hatte er nicht nur seiner Stellung als Vorsitzender des Rheinischen Provinzialverbandes der DDP, sondern auch seiner Haltung während des Ruhrkampfs als dezidierter Gegner der Rheinlandbewegung zu verdanken.³⁸ Bis 1932 sollte Falk dem Preußischen Landtag angehören. Bereits unmittelbar nach seiner Wahl wurde er zum dritten, 1928 zum ersten Fraktionsvorsitzenden der DDP gewählt. Faktisch führte Falk bereits 1925 die Fraktion an, da die beiden ersten Fraktionsvorsitzenden, Walther Schreiber und Hermann Höpker Aschoff, 1925 zu preußischen Ministern ernannt wurden.³⁹

Der schleichende Einflussverlust der Demokraten im Kabinett, Folge der anhaltenden Wahlniederlagen der Partei, wurde Falk angelastet. Er sei, so meinte der langjährige Generalsekretär der DDP, Werner Stephan, „im interfraktionellen Ausschuß der drei Regierungsparteien nicht sehr erfolgreich“ gewesen.⁴⁰ Doch scheint Stephan hier von den Schwierigkeiten zu abstrahieren, die sich für die Partei- und Fraktionsführung aus dem Wähler- und Mandatsschwund für die Durchsetzung demokratischer Ziele stellten.

Mit Fusionen sollte der Niedergang aufgehalten werden. Zwar scheiterte ein Zusammenschluss der beiden liberalen Parteien DDP und DVP, doch durch die Vereinigung mit dem Jungdeutschen Orden unter Artur Mahraun hoffte die DDP-Führung, Anschluss an die bündische Bewegung zu finden und die Jugend für die Partei zurückgewinnen zu können. Diese Rechnung ging indes nicht auf. Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 fiel die in „Deutsche Staatspartei“ umbenannte DDP von 4,9 auf 3,8 Prozent oder von 25 auf 20 Mandate. Bei den preußischen Landtagswahlen vermoch-

35 Vgl. die Besprechung mit den Vertretern (wie Anm. 31), Nr. 179, S. 768 f., 782-786 u. 788 f. Vgl. auch Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 312, u. ferner Schwarz (wie Anm. 34), S. 268-273.

36 Vgl. Huber: Verfassungsgeschichte, Bd. 7 (wie Anm. 29), S. 504-527; Reimer: Rheinlandfrage (wie Anm. 34), S. 345-356 u. 368-377; Kolb: Weimarer Republik (wie Anm. 22), S. 53, 56.

37 Kölnische Zeitung, 297 b, 21.5.1928: „Das Wahlergebnis von Köln“, mit den Ergebnissen der Jahre 1924 und 1921.

38 Vgl. Linkoliberalismus in Preußen. Die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und DStP 1919-1932. Eingeleitet und bearbeitet von Volker Stalmann, 2 Bde., Düsseldorf 2009, Bd. 2, S. 782.

39 Vgl. ebd., Bd. 1, S. XXVIII-XL.

40 Vgl. Stephan: Acht Jahrzehnte (wie Anm. 1), S. 148.

te die Partei 1932 nur noch 1,5 Prozent (1928: 4,5 Prozent) oder 2 Mandate (1928: 21) zu erringen.⁴¹ Die sich daran anschließenden heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Jungdeutschen Orden und den Demokraten führten bald zum Bruch und zum Auszug der Jungdeutschen aus der Deutschen Staatspartei. Erich Koch-Weser musste den Parteivorsitz niederlegen. Sein Nachfolger wurde Vizekanzler und Reichsfinanzminister Hermann Dietrich.⁴²

Falk war von der Entwicklung überrascht worden.

„Bei den Demokraten“, so erinnerte sich Falk, „hatte die Neugründung Bestürzung hervorgerufen, weil sie in größter Stille und ängstlicher Heimlichkeit vorbereitet war – beispielsweise hatte ich überhaupt nichts davon gewußt. Der Reichsparteitag in Hannover [am 8. und 9. November 1930] beschloß zwar die Auflösung der Deutsch-Demokratischen Partei und die Neugründung der Staatspartei, aber auch unter ihren Befürwortern schienen manche nicht [mit] dem Herzen dabei zu sein. Schon damals erfolgten beklagenswerte Austritte, die sich steigerten, als die Wahlen das erhoffte Ergebnis nicht erbrachten.“⁴³

Im Parteivorstand ließ Falk Ende September seiner Verärgerung freien Lauf. „Wir stehen vor einem vollständigen Trümmerhaufen. Die Hoffnungen, die sich an die Gründung der Staatspartei geknüpft haben, haben sich in keiner Weise bewährt.“ Er gehöre „zu denen, die von der Gründung der Staatspartei vollständig überrascht worden“ seien, „die aber Parteidisziplin gehalten“ hätten, „die jedoch auch heute [sich] noch nicht im klaren darüber“ seien, „ob die Gründung der Partei nötig und nützlich gewesen“ sei. Er verstand es nicht, dass die Demokraten sich mit einem latent antisemitischen Verband zusammenschließen könnten und damit den Grundsatz der religiösen Toleranz über Bord warfen. Auch musste ihn die Haltung mancher Vorstandsmitglieder, wie Wilhelm Cohnstaedts, des Redakteurs der „Frankfurter Zeitung“, verwundern, der seine Genugtuung darüber, dass die neue Partei nicht mehr als „Judenpartei“ verunglimpt werden könne, offen zum Ausdruck brachte.⁴⁴

41 Vgl. Jürgen Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933. München 1986, S. 44 u. 101.

42 Vgl. Stephan: Aufstieg (wie Anm. 1), S. 439–485; Matthias/Morsey: Die Deutsche Staatspartei (wie Anm. 1), S. 31–39; Frye: Liberal Democrats (wie Anm. 1), S. 155 ff.; Schneider: Die Deutsche Demokratische Partei (wie Anm. 1), S. 253–260; Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen (wie Anm. 1), S. 24–28.

43 Vgl. Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 351.

44 Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933. Eingeleitet von Lothar Albertin. Bearbeitet von Konstanze Wegner in Verbindung mit Lothar Albertin. Düsseldorf 1980, S. 585 ff. (Falk) u. S. 590 (hier Cohnstaedt).

Die antisemitischen Diffamierungen waren Folge der starken Präsenz von Deutschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft im deutschen Liberalismus vor 1933. Bis 1930 bzw. 1932 figurierte der Linkoliberalismus als politische Heimat der deutschen Juden. Parteiinterne Schätzungen zufolge gaben zwei Drittel der Juden vor 1930 den Linksliberalen ihre Stimmen. Noch 1928 und 1930 waren zwanzig Prozent der demokratischen Reichstagsabgeordneten jüdischen Glaubens oder Herkunft, obwohl der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung 1925 nur 0,9 Prozent betrug. Die Parteivorsitzenden der DDP, Carl Petersen und Erich Koch-Weser, hatten beide jüdische Mütter. Zu den herausragenden jüdischen Politikern zählten unter anderem Hugo Preuß, der als Staatssekretär des Reichsamts des Innern und Reichsinnenminister 1919 für die Verabschiedung der Weimarer Verfassung zuständig war, und Reichsaßenminister Walther Rathenau, der 1922 von Mitgliedern der rechtsradikalen Organisation Consul ermordet wurde. Unterstützt wurde die DDP zudem von Zeitungen, die im Besitz bedeutender jüdischer Verlage, des Mosse- und des Ullstein-Verlags, waren. Dieser enge Konnex der deutschen Juden mit dem Linkoliberalismus begann sich 1930 aufzulösen, als die DDP durch den Zusammenschluss mit dem latent antisemitischen Jungdeutschen Orden und der Gründung der Deutschen Staatspartei nach rechts rückte und bei den folgenden Wahlen auf das Niveau einer Splitterpartei absank. Seitdem lagen die Präferenzen der jüdischen Wähler bei SPD und Zentrum.⁴⁵

Nicht nur für Falk, sondern für alle demokratischen Abgeordneten jüdischen Glaubens oder Herkunft bildete die Konfessionszugehörigkeit einen wirkmächtigen Fluchtpunkt in ihrer Biographie. Mochten sie sich auch als akkulturierte Juden fühlen, für die die jüdischen Religionsgesetze ihre handlungsleitende Rolle eingebüßt und ihre Verbindlichkeit verloren hatten, so wurden sie doch wiederholt durch die nicht zuletzt nach dem Ersten Weltkrieg an Stärke gewinnenden antisemitischen Verleumdungen und Anfechtungen auf ihr Anderssein hingewiesen. Diese Zurücksetzungen führten zu einer stärkeren Auseinandersetzung mit der eigenen Identität und bei vielen zu einem offensiveren Eintreten zugunsten der eigenen Religionsgemeinschaft. Die Fallhöhe, die viele jüdische Demokraten, wie Falk, nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten durchleben mussten, war enorm. Täglichen Schikanen und Angriffen ausgesetzt, ging Falk nach den erschreckenden Erlebnissen der Pogromnacht vom 9. November 1938 in die Emi-

45 Vgl. Ernest Hamburger/Peter Pulzer: Jews as Voters in the Weimar Republic. In: Leo Baeck Institute Year Book XXX (1985), S. 3–66; P. B. Wiener: Die Parteien der Mitte. In: Werner Mosse/Arnold Paucker (Hrsg.), Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Tübingen 1965, S. 289–321; Martin Liepach: Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung. Zur politischen Orientierung der Juden in der Weimarer Republik. Tübingen 1996.

gration nach Brüssel. Für den deutschen Patrioten, der im Ersten Weltkrieg seinen ältesten Sohn verloren hatte und selber für seine Verdienste im Krieg ausgezeichnet worden war, war dies eine ausgesprochen bittere und qualvolle Erfahrung.⁴⁶

„Die Welt“, so schrieb Bernhard Falks Schwager Fritz Wahl rückblickend, „wird noch lange dem Rätsel nachgehen, wie das große deutsche Volk dazu kommen konnte, sich und sein eigenes Geschick einer abenteuernden Horde wahnwitziger Konjunkturritter zu überantworten. Das Urteil der Geschichte wird hoch über die Vernichter des Reiches die Millionen ihrer Opfer erheben. Und zu diesen gehört der rheinische Jude und deutsche Patriot Bernhard Falk.“⁴⁷

Anton Erkelenz

War Falk in manchem für den rechten, bürgerlichen und betont national orientierten Flügel der Partei repräsentativ, so vertrat Anton Erkelenz den linken, den Gewerkschaftsflügel, der allerdings relativ schwach ausgeprägt war und während der zwanziger Jahre mit der Zunahme der finanz- und wirtschaftspolitischen Probleme sukzessive an Bedeutung verlor.⁴⁸

Anton Erkelenz, so erinnerte sich der langjährige Reichsgeschäftsführer der DDP, Werner Stephan,

„war durch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine hochgekommen. Er war ein origineller Denker in allen sozialpolitischen Problemen, leidenschaftlich gewillt, die Arbeiterschaft durch geistige Erziehung, aber auch durch praktische Hilfe vorwärtszubringen, dabei aller Schablone abgeneigt, skeptisch gegenüber der Bismarckschen autoritären Sozialpolitik und immer auf Vermehrung aller Selbstverwaltungsinstitutionen, auch im Versicherungswesen, bedacht. Der große vier-schrötige Mann mit dem hochgebürsteten Haar und dem rötlich schimmernden Vollbart war ein typischer selfmademan. Unter ziemlich niedriger Stirn saßen zwei strahlend blaue Augen, wach und durchdringend, aus ihnen sprach Idealismus ohne Verstiegenheit. Nie ließ Erkelenz sich den klaren Blick trüben.“⁴⁹

46 Vgl. Falk: Erinnerungen (wie Anm. 2), S. 126–131; allgemein Moshe Zimmermann: Die deutschen Juden 1914–1945. München 1997, S. 46–76.

47 Fritz Wahl: Bernhard Falk. Ein rheinischer Patriot. In: Den Unvergessenen. Opfer des Wahns 1933 bis 1945. Heidelberg 1952, S. 105–122, hier S. 122.

48 Zu Anton Erkelenz vgl. Axel Kellmann: Anton Erkelenz. Ein Sozialliberaler im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Berlin 2007; ders.: Anton Erkelenz. Ein Sozialliberaler in der SPD am Ende der Weimarer Republik. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 39 (2003), H. 4, S. 479–504; Katharina Kellmann: Anton Erkelenz (1878–1945). Als Sozialliberaler zur SPD. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): Vom Linkoliberalismus zur Sozialdemokratie. Politische Lebenswege in historischen Richtungskonflikten 1890–1933. Köln 2015, S. 263–289.

49 Stephan: Acht Jahrzehnte (wie Anm. 1), S. 106.

Der 1878 in Neuss am Rhein geborene Anton Erkelenz stammte aus einer katholischen Handwerkerfamilie. Nach seiner Ausbildung zum Dreher und Schlosser fand er eine Stelle in einer Düsseldorfer Maschinenfabrik und trat 1897 in den liberalen Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter ein.⁵⁰ Die von Max Hirsch und Franz Duncker 1868 gegründeten Gewerkvereine waren einem sozialharmonischen Gesellschaftsbild verpflichtet und vertraten einen genossenschaftlichen Liberalismus. Auch wenn sie für eine kollektive Interessenvertretung der Arbeiterschaft eintraten, waren sie mehr an Selbsthilfe als am Streik interessiert. Arbeitsniederlegungen wurden zwar als letztes Mittel nicht ausgeschlossen, doch strebte man unter Postulierung harmonischer Unternehmer-Arbeiter-Beziehungen die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern und einen beiden Seiten berücksichtigenden Interessenausgleich an. Das Prinzip der Selbsthilfe besaß für liberale Gewerkschafter einen geradezu emanzipatorischen Wert. Durch Selbsthilfeeinrichtungen wie Kranken- und Unterstützungskassen sollte die Lage der Arbeiter verbessert und der soziale Aufstieg des Einzelnen ermöglicht werden. Demgegenüber stand man dem sozial gestaltenden Handeln des Staates zumal anfangs skeptisch, bis ablehnend gegenüber. Doch änderte sich dies in dem Maße, in dem man sah, dass sich durch Selbsthilfe eine Änderung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Vierten Standes kaum bewerkstelligen ließ.⁵¹

Nachdem Erkelenz seinen Wehrdienst abgeleistet und eine Zeitlang im elterlichen Betrieb gearbeitet hatte, trat er 1902 eine Stelle als hauptamtlicher Funktionär im Arbeitersekretariat beim „Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverband“, einer Organisation der Düsseldorfer Gewerkvereine, an. Zugleich betreute er als Redakteur den wöchentlich erscheinenden „Gewerkvereinsboten“. Rasch geriet er in Konflikt mit der Berliner Zentrale, deren konfliktscheue Strategie er für verfehlt hielt. Namentlich die jungen Mitglieder der Düsseldorfer Opposition wollten mit dem betulichen Image einer Selbsthilfeorganisation und eines Kassenunterstützungsvereins aufräumen. Dieser Opposition lieh der junge Arbeitersekretär aus Neuss seine Stimme. Auch er wollte die Gewerkvereine reformieren und sie als moderne Interessenvertretung der Arbeiterschaft neu aufstellen. Vehement befürwortete er nicht nur ein offensiveres Auftreten des Vereins, sondern auch staatliche Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft zum Wohle der Arbeiter. Zudem sprach er sich für eine Erweiterung des Systems staatlicher Sicherheit durch die

50 Vgl. A. Kellmann: Erkelenz, 2007 (wie Anm. 48), S. 13–16.

51 Vgl. Hans-Georg Fleck: Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1868–1914. Köln 1994; ders.: „Wider die Zügellosigkeit des sozialen Faustrechts“. Gewerkschaftlicher Sozialliberalismus und Deutsche Fortschrittspartei. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Wien, Köln, Weimar 2012, S. 83–107. Vgl. allgemein dazu auch Karl Holl/Günter Trautmann/Hans Vorländer (Hrsg.): Sozialer Liberalismus. Göttingen 1986.

Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung aus.⁵² Doch die Gewerkvereinsführung war nicht bereit, diese forschreite Infragestellung überkommener Grundsätze und Prinzipien zu tolerieren. Als einer der Wortführer der Düsseldorfer Opposition wurde Erkelenz 1903 aus dem Gewerkverein der Metallarbeiter ausgeschlossen. Nachdem die Reformer an Boden gewonnen hatten, konnte er zwei Jahre später wieder dem Verein beitreten.⁵³

Die verhaltende Skepsis der Verbandsführung gegenüber derartigen Reformplänen traf bei Erkelenz nur auf Unverständnis:

„Jene alten Herren basieren auf dem lendenlahmen Manchestergrundsatz, sie überhören das Pochen einer neuen Zeit. Jedweder staatliche Zwang ist von Ihnen in Acht und Bann getan, ein jeder helfe sich selbst und sehe zu, wie er durchkommt, ist ihr Hauptprinzip. [...] Freiheit in ihrem Sinne ist, wenn jeder ohne Beschränkung machen kann, was er will, aber sie vergessen, dass die schrankenlose Freiheit des einzelnen vielfach die größte Unfreiheit und Sklaverei für eine ganze Reihe anderer Leute bedeutet.“⁵⁴

Sozialpolitik war für ihn letztlich ein Politikfeld, das der Liberalismus in vergangenen Jahrzehnten weitgehend vernachlässigt hatte.

Erkelenz' Aufstiegsrüste und Bildungsdrang manifestierten sich früh. 1897/98 besuchte er die „Volkswirtschaftsschule“, eine vom Journalisten Gottfried Stoffers geleitete Fortbildungseinrichtung der Düsseldorfer Gewerkvereine. In den Jahren 1906 und 1907 hörte er als Gasthörer Vorlesungen der Frankfurter Wirtschaftsakademie (Handelshochschule), an der er sich wirtschaftstheoretische Kenntnisse erwarb, die ihm später in seiner publizistischen Auseinandersetzung mit Reichskanzler Heinrich Brüning und der von diesem vertretenen Deflationspolitik zugutekommen sollten.⁵⁵

Erkelenz, so Werner Stephan, „hatte sich durch Selbststudium ein großes Wissen erworben, aber auch den Eigensinn ausgebildet, der bei einsamen Grübeln am Schreibtisch im schlecht geheizten möblierten Zimmer entsteht. Seine Konstitution war nicht so robust, wie seine groben Hände vermuten ließen.“⁵⁶

52 Vgl. E. (Anton Erkelenz): Zwangsarbeitslosenversicherung. In: Der Gewerkvereinsbote, Nr. 2 vom 9. Januar 1903, S. 8.

53 Vgl. A. Kellmann, Erkelenz, 2007 (wie Anm. 48), S. 16–38; Rennie William Brantz: The Question of Reform. The „Düsseldorf Opposition“ and Anton Erkelenz in the Hirsch-Duncker Trade Unions, 1900–1914. In: IWK 14 (1978), S. 295–311.

54 Vgl. E. (Anton Erkelenz): Die Ausbreitungsverbände. In: Der Gewerkvereinsbote, Nr. 1 vom 2. Januar 1903, S. 5.

55 Vgl. A. Kellmann, Erkelenz, 2007 (wie Anm. 48), S. 13; K. Kellmann, Erkelenz (wie Anm. 48), S. 265. Zur 1901 gegründeten Frankfurter Wirtschaftsakademie vgl. Gunther Herbert Zander: Gründung der Handelshochschulen im deutschen Kaiserreich (1898–1919). Diss. Köln 2004, S. 126–144.

56 Stephan: Acht Jahrzehnte (wie Anm. 1), S. 106.

1907 erhielt Erkelenz eine Stelle als hauptamtlicher Arbeitersekretär in der Berliner Zentrale der Gewerkvereine, ein Amt, das er bis 1912 bekleiden sollte. Vor dem Weltkrieg widmete er sich als freiberuflicher Journalist und Schriftsteller dem Aufbau einer liberalen Arbeiterbewegung. Seine journalistische Begabung war bereits in seinen ersten Artikeln, die seit 1902 in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften erschienen, zum Ausdruck gekommen. Freiheit und soziale Verantwortung sollten miteinander verbunden und der liberalen Gesellschaft soziale Stützpfiler eingezogen werden. Für diese Vorstellungen warb er auch 1906 in der liberaldemokratischen „Westdeutschen Abendpost“, die er wenige Monate leitete. In der Folgezeit erschienen in regelmäßigen Abständen Beiträge in linksliberalen Blättern, in denen er sein schriftstellerisches Talent in den Rhythmus des Bedarfs zu zwängen versuchte. Ein bevorzugtes Publikationsorgan stellte die von Friedrich Naumann begründete Zeitschrift „Die Hilfe“ dar, die liberale Politik mit sozialem Engagement zu verbinden trachtete. Erkelenz’ „Manuskripte, mit einer schweren Arbeiterhand geschrieben, bedurften damals noch der gelegentlichen stilistischen Säuberung“, so Heuss später.⁵⁷ Aber nicht nur in der parteieigenen Presse, sondern auch in überregionalen, meinungsbildenden Zeitungen, wie dem „Berliner Tageblatt“, veröffentlichte er programmatiche Leitartikel.⁵⁸ Sein publizistisches Wirken erklärt sich teilweise auch mit seiner befristeten Anstellung als Arbeitersekretär, war gleichsam eine Art Not- und Überlebensbehelf.

Der mittelständische Hintergrund seines Elternhauses, die Hochschätzung des liberalen Individualitätsprinzips und des Privateigentums verhinderten im Kaiserreich einen Anschluss an die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung und führten Erkelenz in die liberale Gewerkvereinsbewegung. 1904 begann er sich auch politisch zu engagieren. Er wurde Mitglied der Freisinnigen Vereinigung und nach dem Zusammenschluss der drei linksliberalen Parteien, der Freisinnigen Vereinigung, der Freisinnigen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei, 1910 auch Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP). In der Partei spielte er als Vertreter des linken Flügels bald eine führende Rolle. Er wollte den Liberalismus mit Hilfe der Arbeiter erneuern, die FVP in eine Partei der Arbeiter und Bürger verwandeln. Durch ihr sozialpolitisches Engagement sollte die Partei letztlich auch die SPD überflüssig machen.⁵⁹

Führend war Erkelenz auch an der Gründung des „Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angestellter“ beteiligt, der in der Partei den Interessen der Ar-

57 Theodor Heuss: Erinnerungen 1905–1933. Tübingen 1963, S. 312.

58 Vgl. Berliner Tageblatt, Nr. 152 vom 30. März 1922; Anton Erkelenz: Demokratie als Gessinnung; Berliner Tageblatt, Nr. 542 vom 14. November 1924; Anton Erkelenz: „Nicht „bürgerlich oder sozialistisch“, sondern demokratisch“.

59 Vgl. K. Kellmann, Erkelenz (wie Anm. 48), S. 273 f.

beiter und Angestellten Gehör verschaffen sollte.⁶⁰ Seinen Versuchen, ein Mandat für den Reichstag zu erlangen, war weder 1907 noch 1912, als er in Hessen 1 (Gießen) als gemeinsamer liberaler Kandidat immerhin 28,2 Prozent der Stimmen errang, Erfolg beschieden.⁶¹

Während des Ersten Weltkrieges diente Erkelenz an der West- und Ostfront, wurde verwundet und mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet, bis er schließlich 1917 für den elterlichen Betrieb freigestellt wurde. Nach dem Ende des Krieges begann er, sich wieder politisch zu engagieren, und war im November 1918 führend an der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) in Düsseldorf beteiligt. Im Januar 1919 wurde er für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost in die Deutsche Nationalversammlung gewählt. Erkelenz gehörte nicht nur der Nationalversammlung, sondern bis 1930 auch dem Reichstag für die DDP an.⁶²

Mit der neuen Staatsform vermochte er sich rasch abzufinden. Bereits vor 1914 war er Anhänger einer parlamentarischen Monarchie und begann sich nach der Abdankung des Kaisers und der Ausrufung der Republik zu einem überzeugten Republikaner zu wandeln.⁶³ Seine parlamentarische Tätigkeit begleitete er als Journalist und politischer Schriftsteller. So gab er seit 1923 zusammen mit Getrud Bäumer die namhafte Wochenschrift „Die Hilfe“ heraus. Unter seinen zahlreichen Wirkungsfeldern kam seinem Engagement im 1924 gegründeten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine besondere Bedeutung zu. Das von Vertretern der Weimarer Koalitionsparteien SPD, Zentrum und DDP gegründete Reichsbanner verstand sich als überparteilicher Bund republikanisch gesinnter Kriegsteilnehmer, der seine Hauptaufgabe in der Verteidigung der Republik, im Schutz von Versammlungen der republiktreuen Parteien und in der Stärkung des republikanischen Gedankens sah.⁶⁴

Als profilierter Vertreter des linken Flügels wurde Erkelenz auf dem Bremer Parteitag 1921 zum Vorsitzenden des Parteivorstands gewählt, ein Amt, das er bis 1929 bekleiden sollte. Erkelenz war einer der führenden Politiker der Partei, der zudem von 1919 bis 1921 dem Reichsarbeitsgemeinschaftsausschuss vorstand.⁶⁵ Als 1929 das Amt des Vorsitzenden des Parteivorstands abgeschafft wurde, musste sich der gesundheitlich angeschlagene Erkelenz mit

60 Vgl. A. Kellmann: Erkelenz, 2007 (wie Anm. 48), S. 38–66.

61 Vgl. Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918. Bündnisse, Ergebnisse, Kandidaten. Bearbeitet von Carl-Wilhelm Reibel. 2 Bde. Düsseldorf 2007, Bd. 1, S. 752, 868 u. Bd. 2, S. 1320 f.

62 Vgl. MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage. Bearbeitet von Max Schwarz. Hannover 1965, S. 642.

63 Vgl. A. Kellmann: Erkelenz, 2003 (wie Anm. 48), S. 484.

64 Zum Reichsbanner vgl. Benjamin Ziemann: Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933. Bonn 2011; Karl Rohe: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik. Düsseldorf 1966.

65 Vgl. Linksliberalismus in der Weimarer Republik (wie Anm. 44), S. XL.

dem Posten des stellvertretenden Parteivorsitzenden begnügen. Es war ein Stück Machtverlust, der die inzwischen eingetretene Entfremdung zwischen dem Gewerkschafter und seiner zunehmend nach rechts gravitierenden Partei verstärken musste.⁶⁶

Als Vorsitzender war er nicht unbedingt beliebt, so befand Reichsgeschäftsführer Stephan später.

„Er war reizbar und empfindlich, nicht ohne Minderwertigkeitskomplexe und auch nicht ohne die Neigung zur Überkompensation. An die Grobheit, mit der er mir in den ersten Monaten für meine Arbeitszeit, meine Reisedispositionen und andere äußere Dinge Befehle erteilte, gewöhnte ich mich schwer. [...] Erkelenz, der in einer bescheidenen Etagenwohnung im Baumschulenweg lebte, nahe der Oberschöneweider Fabriken von Rathenaus AEG, und der bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereinen im Berliner Nordosten in einem kleinen Zimmer amtierte, arbeitete dagegen fast täglich in unserer Geschäftsstelle; er war daher ihrem Innenleben eng verbunden. Hier konzentrierte er bald auch seine literarische Tätigkeit.“⁶⁷

In der Nationalversammlung vermochte sich Erkelenz schnell als Sprecher des linken Flügels und Vertreter einer aktiven Sozialpolitik einen Namen zu machen. So legte er während der Sozialisierungsdebatte im Februar 1919 in einer Sitzung seiner Fraktion in der Nationalversammlung einen Antrag vor, der für liberale Verhältnisse sehr weit, für viele letztlich zu weit ging. Gefordert wurde nicht nur die Ausarbeitung eines einheitlichen Arbeitsrechts für Arbeiter und Angestellte, sondern auch die Sozialisierung des Kohle-, Kalium- und Energiesektors sowie die Aufteilung des unrentablen Großgrundbesitzes. Auch wurde die Einsetzung eines Ausschusses reklamiert, der der Frage, inwiefern Arbeiter und Angestellte am Ertrag des Unternehmens beteiligt werden könnten, nähertreten sollte. Wenn Erkelenz in der Fraktion auch einige Fürsprecher fand, so lehnte die überwiegende Mehrheit der demokratischen Reichstagsabgeordneten diese Postulate ab und weigerte sich, der Nationalversammlung einen entsprechenden Antrag vorzulegen.⁶⁸ „Seine Stellung in der Fraktion“, so meinte später Theodor Heuss, habe „nie den Rang“ erreicht, „auf den er Anspruch zu haben glaubte“.⁶⁹

Offen trat Erkelenz im Januar 1920 für das Betriebsrätegesetz ein, da er die Mitwirkung der Arbeiter an der Produktion für richtig hielt.

66 Vgl. ebd., S. XIX, XXIV, XXXVII, XL, XLIV f.

67 Vgl. Stephan: Acht Jahrzehnte (wie Anm. 1), S. 106–108.

68 Vgl. Linkoliberalismus in der Weimarer Republik (wie Anm. 44), S. 53 und Anm. 18. Vgl. auch Erkelenz' Rede vom 8. März 1919. In: Stenographische Berichte der Deutschen Nationalversammlung (SBNV) 1919/20, 23. Sitzung, S. 610–614.

69 Vgl. Heuss: Erinnerungen (wie Anm. 57), S. 312.

„Die Wiederherstellung des Arbeitsverhältnisses, wie es vor dem Kriege war, ist heute nicht mehr möglich. Neue Formen werden sich im Wirtschaftsleben herausbilden. Auf höherer Stufe finden neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Bindungen statt, denen sich niemand widersetzen kann.“⁷⁰

Anfangs lehnte Erkelenz allerdings den Regierungsentwurf zum Betriebsrätegesetz ab, da er in den vorgesehenen Betriebsräten Klassenkampforgane zu sehen glaubte. Die Betriebsräte sollten vielmehr die Grundlage gemeinsamen Arbeitens im Betrieb suchen und deshalb von Arbeitern, Angestellten und Unternehmern gebildet werden, mithin als „Parlament“ des Betriebs fungieren. Immerhin konnten die Rechte des Betriebsrats in liberalem Sinne geregelt und eine Mindestvertretung für Angestellte und Frauen vorgeschrieben werden. Wenn Erkelenz auch nicht mit all seinen Forderungen durchdrang, stimmte er dem Gesetz schließlich zu.⁷¹

In der Sozialpolitik versuchte Erkelenz in den zwanziger Jahren neue Akzente zu setzen. Die Entstaatlichung der Sozialpolitik wurde eines seiner Lieblingsthemen. Es gelte, meinte er 1928, den staatlichen Einfluss auf die Organisationen der Sozialversicherung zu reduzieren und diese „der vollen Selbstverwaltung der Beteiligten zu übergeben“.⁷² Zwischen dem „starren System der rein gesetzlichen und dem unstarren System der gänzlich freien Vereinbarung“ müsse ein Mittelweg gefunden werden. „Es kommt entscheidend darauf an, soviel Selbstverantwortung und Selbstbestimmung zu retten, als möglich ist. Es kommt ebenso darauf an, den Staat von der Verantwortung, die er nicht tragen kann, zu entlasten.“⁷³

Die Frage des kommenden Friedensvertrags beschäftigte Erkelenz als Rheinländer im besonderen Maße. In den Monaten zwischen der Unterzeichnung des Waffenstillstands und der Übergabe der alliierten Friedensbedingungen hatte er sich wie viele Deutsche der Illusion eines gerechten Friedens hingegeben und sich, wie es sein Parteifreund Ernst Troeltsch damals formulierte, im „Traumland der Waffenstillstandsperiode“ befunden.⁷⁴ Die Ernüchterung war groß, als im Mai 1919 die Friedensbedingungen bekannt wurden. Über die Parteigrenzen hinweg riefen sie Empörung hervor, auch Erkelenz lehnte die Vertragsbedingungen leidenschaftlich ab. Als die Alliierten ihren Forderungen jedoch mit der Drohung, im Falle der Ablehnung durch Deutschland ihre Truppen in das innere Reichsgebiet einzmarschieren zu las-

70 Vgl. die Rede von Erkelenz am 18. Januar 1920; SBNV 1919/20, 140. Sitzung, S. 4494–4497, hier S. 4494.

71 Vgl. A. Kellmann: Erkelenz, 2007 (wie Anm. 48), S. 111–120.

72 Vgl. Anton Erkelenz: Die deutsche Sozialpolitik. In: ders. (Hrsg.): Zehn Jahre (wie Anm. 18), S. 303–325, hier S. 320.

73 Ebd., S. 324.

74 Ernst Troeltsch (Spectator): Nach der Entscheidung, 26.6.1919. In: ders.: Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922. Zusammengestellt und mit einem Nachwort versehen von Johann Hinrich Claussen. Frankfurt a. M. 1994, S. 56–62, hier S. 61 f.

sen, Nachdruck verliehen, plädierte Erkelenz aus innenpolitischen Gründen für die Annahme des Vertrags. Bei einer Besetzung Deutschlands hätten die rheinischen Separatisten ihre Ziele mit Hilfe der Alliierten, der Franzosen und Belgier zumal, umstandslos erreichen können, die Reichseinheit wäre bedroht gewesen. Die Gefahren waren dem Düsseldorfer Abgeordneten, in dessen Wahlkreis im Dezember 1918 belgische Truppen eingerückt waren, wohl bewusst. Früh hatte er sich deshalb auch gegen die rheinischen Loslösungsbestrebungen gewandt.⁷⁵ Bei der entscheidenden Abstimmung am 22. Juni 1919 beugte er sich schließlich der Fraktionsmehrheit und stimmte gegen die Annahme des Vertrags. Die ablehnende Haltung der Gewerkvereine gegenüber Versailles mochte hier ebenso eine Rolle gespielt haben, wie die Tatsache, dass sich im Parlament eine Mehrheit für die Friedensannahme abzeichnete und es sinnlos gewesen wäre, sich in der Fraktion zu isolieren.⁷⁶

Am Schicksal der besetzten Gebiete, nicht zuletzt nach dem Einmarsch belgischer und französischer Truppen ins Ruhrgebiet im Januar 1923, nahm Erkelenz lebhaft Anteil. Um sich über die Auswirkungen des passiven Widerstands vor Ort ein Bild machen zu können, besuchte er regelmäßig seinen Wahlkreis. „Die Stimmung im Ruhrgebiet“, berichtete er am 27. Januar dem Parteivorstand, „ist absolut einig und einheitlich.“ Es komme vor allem darauf an, „möglichst lange passiven Widerstand [zu] leisten mit der Hoffnung, daß sich inzwischen politische Änderungen in Frankreich oder anderswo vollziehen und neue Besprechungen mit Anstand vorgenommen werden können“.⁷⁷ Aber Erkelenz sah bald, dass sich der passive Widerstand nicht auf Dauer durchhalten ließ. „Wenn die Dinge sich so weiter entwickeln wie in den letzten Tagen“, so befand Erkelenz im Juli 1923 im Vorstand der DDP, „dann wächst die Gefahr des Verlustes der Substanz bis ins Riesenhafte“. Der „Kampf im Rhein- und Ruhrgebiet“ müsse „bis zum Frühherbst liquidiert werden. Auch die Demokratische Partei muß sich auf die kommenden Ereignisse einstellen.“⁷⁸

An den Besprechungen mit der Reichsregierung im September und Oktober nahm auch der Düsseldorfer Gewerkschafter teil, der sich zwar zurückhielt, jedoch die Ausführungen Falks unterstützte und jegliches Entgegen-

75 Vgl. Anton Erkelenz: Erinnerungen aus der Nationalversammlung. In: Die Hilfe 2 vom 15. Januar 1929, S. 62.

76 Vgl. SBNV 1919/20, 40. Sitzung, S. 1136; A. Kellmann, Erkelenz, 2007 (wie Anm. 48), S. 95–104. Vgl. insgesamt auch Jürgen C. Hess: „Das ganze Deutschland soll es sein“. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei. Stuttgart 1978.

77 Vgl. Linkoliberalismus in der Weimarer Republik (wie Anm. 44), Dok. 103, S. 286.

78 Vgl. ebd., Dok. 107, S. 296 f.

kommen gegenüber den Loslösungsbestrebungen ablehnte.⁷⁹ Entschieden setzte er sich im Oktober für die Einsetzung eines für die Verhandlungen mit Frankreich zuständigen Ausschusses ein, der mit Vertretern der Parteien besetzt werden sollte.⁸⁰ Im Reichstag machte er sich zum Sprecher seiner leidgeprüften Heimat und wies wiederholt darauf hin, dass das Rheinland seit 1919 die Hauptlast in der Auseinandersetzung mit Frankreich getragen habe. „Das Rheinland hat geglaubt, in diesem Kampfe für das ganze Deutsche Reich und für das ganze Deutschtum zu kämpfen.“ Es dürfe deshalb von der Reichsregierung nicht im Stich gelassen werden.⁸¹

Den Niedergang der DDP bei den Wahlen nahm er mit großer Sorge zur Kenntnis. Auch wenn der Negativtrend anhalten sollte, so Erkelenz in einer Sitzung des Vorstands im Mai 1924, sei es doch „gefährlich, demgegenüber zu resignieren, es muß vielmehr ein aktiver Kampf für Republik und Demokratie aufgenommen werden, und er muß sich den neuen Formen der Propaganda anpassen. Die Republik ist zu nüchtern gewesen und hat dem Gemüt zu wenig geboten; das muß anders werden.“⁸² Aber gegen die wirtschaftlichen Verwerfungen und Krisen, die Inflation und die Weltwirtschaftskrise, hatte auch er kein Rezept parat.⁸³

Als die DDP mit dem Jungdeutschen Orden fusionierte, trat Erkelenz aus der Partei aus und wechselte als überzeugter Demokrat und Republikaner 1930 zur SPD.⁸⁴ In seiner Austrittserklärung rechnete Erkelenz mit dem Kurs der Parteiführung um Erich Koch-Weser ab, die sich mit ihrer Politik immer mehr vom Gründungsprogramm der DDP entfernt hätte und „Opfer nationalistischer und antisozialistischer Schlagworte geworden“ sei. Die Interessen der Arbeiterschaft fänden in der Partei kein Gehör mehr. „Wenn die Wortführer des deutschen Bürgertums einen Entscheidungskampf suchen gegen den Teil des Volkes, der in Not und Verzweiflung am treuesten zum neuen Staat gestanden hat, dann ist mein Platz an der Seite der Arbeitenden, an der Seite derjenigen, die für die Freiheit der Arbeit, der Arbeit des Geistes und der Hand eintreten.“⁸⁵ In der SPD, seiner neuen politischen Heimat, sollte der Gewerkschafter jedoch keine bedeutende Rolle mehr spielen. Publizistisch war er gleichwohl weiter, unter anderem auch für die „Hilfe“, tä-

79 Vgl. Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Stresemann (wie Anm. 31), Bd. 1, Nr. 76, S. 334–338, hier S. 336–338, Nr. 77, S. 339–345, hier S. 342 u. Bd. 2, Nr. 179, S. 761–836, hier S. 801.

80 Vgl. ebd., Bd. 2, S. 820.

81 Vgl. Erkelenz' Rede am 23. November 1923. In: Stenographische Berichte des Deutschen Reichstags (SBR) 1920/24, 393. Sitzung, S. 12241–12249, hier S. 12241.

82 Vgl. Linksliberalismus in der Weimarer Republik (wie Anm. 44), Dok. 114, S. 318 (Sitzung des Vorstands vom 21.5.1924).

83 Vgl. ebd., S. 317: „Der verhältnismäßig ungünstige Wahlausgang ist zum guten Teil auf die Wirkung der Inflation zurückzuführen.“

84 Vgl. Heuss: Erinnerungen (wie Anm. 57), S. 312 f.

85 Vorwärts 331 vom 30. Juli 1930.

tig.⁸⁶ Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten zog sich Erkelenz aus der Politik zurück. Er starb im April 1945 in Berlin, als er seine Haushälterin vor marodierenden Soldaten der Roten Armee schützen wollte.⁸⁷

Schluss

Beide rheinischen Politiker stehen für eine beachtliche politische Bandbreite, die der deutsche Linksliberalismus nach dem Ersten Weltkrieg aufwies. Der Anspruch der DDP, eine „wahre Volkspartei“⁸⁸ zu sein, schien bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 seine Bestätigung zu finden. Mit 18,5 Prozent begann sich die DDP als Partei der Bürger und Arbeiter zu positionieren. Auch im Rheinland, wo die Linksliberalen traditionell etwas schwächer waren, hoffte man auf einen politischen Neuanfang. Viele Deutsche jüdischen Glaubens oder Herkunft sahen ihre politische Heimat in der DDP. Der emanzipatorische Impetus, der die Nähe zu den progressiven Parteien begründete, aber auch die Wertschätzung des Eigentums erklären diese Affinität zum politischen Liberalismus. Die relativ starke Präsenz jüdischer Politiker in der DDP mag deshalb nicht überraschen.

Beispielhaft kann hierfür der Kölner Politiker Bernhard Falk stehen, der ungeachtet des Zusammenschlusses mit dem latent antisemitischen Jungdeutschen Orden seiner nunmehr unter einem neuen Etikett laufenden Partei die Treue hielt. Während mit Falk, einem Vertreter des gemäßigten, bürgerlichen Flügels, auf die Bedeutung der Politiker jüdischen Glaubens im Linksliberalismus rekuriert wird, illustriert das Beispiel des Gewerkschafters Erkelenz den Anspruch, Freiheit und Gleichheit, Liberalismus und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden und die politische Grundlage des Liberalismus zu erweitern. Der linke Flügel blieb in der Partei und in den Fraktionen gleichwohl unterrepräsentiert. Während der zwanziger Jahre verlor der sozialliberale Flügel weiter an Bedeutung, das Interesse an sozialen Themen schwand. Mit der Zunahme wirtschaftlicher Probleme und den wachsenden Haushaltsproblemen, die eine auch von den Demokraten mitgetragene Sparpolitik erzwangen, begann das ohnehin nicht sehr deutlich ausgebildete sozialpolitische Profil der linksliberalen Partei zu verschwinden. Die Demokraten standen überdies vor dem Dilemma, dass sie sich als „Gesamtinteressenpartei“ verstanden, das Gemeinwohl über das Partikularinteresse

86 Vgl. A. Kellmann: Erkelenz, 2007 (wie Anm. 48), S. 202–216; A. Kellmann: Erkelenz, 2003 (wie Anm. 48), S. 488–503.

87 Vgl. ebd., S. 503 f.

88 So Otto Nuschke in seinem Geschäftsbericht auf dem ersten Parteitag der DDP, in: Bericht über die Verhandlungen des 1. Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919. Berlin 1919, S. 9–17, hier S. 15

stellten und deshalb zur offensiven Vertretung der Interessen und Forderungen ihres Elektorats nicht in der Lage waren.⁸⁹ Die Lebenswege der beiden rheinischen Politiker illustrieren letztlich auf ihre Weise die schwindende Akzeptanz liberaler Politik und damit den schleichenden Niedergang des organisierten Linkoliberalismus.

Für beide Politiker war die Verwurzelung im Rheinischen von besonderer Prägekraft. Die Verbundenheit gegenüber ihrer Heimat begründete Verpflichtungen und Verflechtungen, Bindungen und Loyalitäten, die in den krisenhaften Jahren nach dem Ersten Weltkrieg eine besondere Rolle spielen sollten. Die Zugehörigkeit zum Rheinland bestimmte das politische Handeln und Wirken der beiden Abgeordneten in der Nationalversammlung, im Reichstag und im Preußischen Landtag sowie in der sogenannten Rheinlandbewegung der Jahre 1918/19 und 1923. Als Angehörige einer Grenzregion spielte der Leitwert „Nation“ für beide eine zentrale Rolle und machte die Wahrung der Reichseinheit angesichts des wiederholten Aufflackerns des rheinischen Separatismus prioritätär. Falk und Erkelenz, die zwei, von alliierten Truppen besetzte Wahlkreise vertraten, wussten sehr genau, welche Belastungen die dortige Bevölkerung zu tragen hatte. Diese Erfahrung erzwang eine nüchterne Analyse der außenpolitischen Rahmenbedingungen und machte beide zu erbitterten Gegnern einer nationalen Gefühlspolitik, die von den politischen Erfordernissen und Notwendigkeiten des besetzten Gebiets abstrahierte. Wenn auch, wie im Falle der Ablehnung des Versailler Vertrags die Empörung über das alliierte Diktat mitunter Oberhand gewinnen konnte, so verworfen beide doch im Krisenjahr 1923 eine von ihnen als unverantwortlich angesehene Obstruktions- und Katastrophenpolitik. Aufgrund der Problemlagen des rheinischen Grenzlands waren beide letztlich zu sehr Realpolitiker, als dass sie derartige Abenteuer hätten unterstützen können.

89 Vgl. Schneider: Die Deutsche Demokratische Partei (wie Anm. 1), S. 46–49.

